express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Mythos Einheitsgewerkschaft

Torsten Bewernitz* über ihre Grenzen im Kampf gegen Faschismus

In: ***express*** *12/2025*

Der Vormarsch der extremen Rechten wird eine Herausforderung für die DGB-Gewerkschaften bei den anstehenden Betriebsratswahlen und darüber hinaus. Worauf sich Gewerkschafter:innen deshalb strategisch einstellen sollten, erklärte Jan Rottenbach in unserer letzten Ausgabe. Er kam unter anderem zu dem Schluss, dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in Gefahr wäre, wenn die Scheingewerkschaft »Zentrum« weiter Fuß fassen könnte.

Torsten Bewernitz nimmt das zum Anlass, nach dem antifaschistischen Gehalt des Prinzips Einheitsgewerkschaft zu fragen. Und danach, woher die Einheit überhaupt kommt.

Die Einheitsgewerkschaft ist in Deutschland eine heilige Kuh. Sie gilt gemeinhin als Konsequenz aus der Erfahrung des Nationalsozialismus. Dafür beruft man sich auf große Vorbilder: Regelmäßig zitiert wird in Gewerkschaftshäusern der Widerstandskämpfer Wilhelm Leuschner, der kurz vor seiner Hinrichtung 1944 gesagt haben soll: »Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!« Und das Buchenwalder Volksfrontkomitee, das aus späteren Mitgliedern von KPD, SPD und CDU bestand, formulierte in seiner Entschließung vom 19. April 1945 als eine der anstehenden Aufgaben die »Bildung von antifaschistischen Einheitsgewerkschaften«.

Die Wiedergründung der Gewerkschaften

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit: Tatsächlich setzte sich das Konzept der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik letztlich nur auf Betreiben der Westalliierten durch – die bemerkenswerterweise samt und sonders keine Einheitsgewerkschaften wie in Deutschland kannten und kennen. Es ist entlarvend, dass es dieselben Kräfte waren, die in Italien für ein System von Richtungsgewerkschaften plädierten: Eine Einheitsgewerkschaft in Italien, so die Befürchtung, wäre kommunistisch dominiert gewesen. Anders in Deutschland: Hier sollte eine Einheitsgewerkschaft ein »Bollwerk gegen Kommunismus und Radikalismus« (Marcks/Seiffert 2008, S. 110) sein. Die »Kräftekonstellation, die sich da in den deutschen Gewerkschaften bemerkbar machte, war […] das beabsichtigte Produkt der Gewerkschaftspolitik der Besatzungsmächte« (ebd., S. 109).

Die Gründung des DGB fand im Oktober 1949 statt. Die Westalliierten waren in der Anerkennung von Gewerkschaften – und erst recht überregionalen Vernetzungen – sehr zögerlich: »Auch um in dem heraufziehenden Systemkonflikt mit der Sowjetunion freie Hand zu haben, wurden die deutschen Akteure, gerade diejenigen der Arbeiterbewegung, klein gehalten« (Fuhrmann 2017, S. 66 f.). Erst die Generalstreikbewegung gegen Preissteigerungen nach der Währungsreform in der englisch-amerikanischen Bizone im Herbst des Jahres 1948, die zu eskalieren drohte (in Stuttgart fuhren US-amerikanische Panzer gegen streikende Arbeiter:innen auf), ließ es für die Alliierten sinnvoll erscheinen, einen zentralen Verhandlungspartner in Stellvertretung der Arbeiter:innen anzuerkennen. Uwe Fuhrmann hat das ausführlich beschrieben: »Mit Mühe gelang es den Gewerkschaften, die ›zum Teil gewaltsamen Selbsthilfeaktionen der wütenden Verbraucher‹ in gewerkschaftlich organisierte Aktionen ›gegen Preiswucher der Händler und gegen die ›Anarchie auf den Warenmärkten‹ zu kanalisieren. Es war,

so ein Gewerkschaftsvertreter, ›nur die gewerkschaftliche Disziplin‹, welche die ›durch die Währungsreform um ihre Spargroschen gekommenen Arbeitnehmer, die mit leerem Geldbeutel vor den gefüllten Schaufenstern standen, vor Unbesonnenheiten‹ zurückhielt« (ebd., S. 230).

Hinzu kommt: Die Idee eines national einheitlichen Gewerkschaftsdachverbands war so fremd nicht: Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) der Nationalsozialisten war bereits eine Einheitsorganisation, wenn auch eine von Arbeit *und* Kapital unter Kontrolle der NSDAP. Im Widerstandskreis des 20. Juli waren es vor allem der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber und Wilhelm Leuschner, die das Konzept einer Einheitsgewerkschaft entwickelten. Die Konservativen um Claus Schenk Graf von Stauffenberg hatten dabei durchaus nicht Gewerkschaften in unserem Verständnis im Sinne, sondern – eben – so etwas wie die DAF.

Einheit als Machtressource

Mir geht es nicht um eine Kritik des Konzepts Einheitsgewerkschaft, sondern um eine Kritik des Mythos, zu dem ihre Entstehung in der BRD geworden ist. Jenseits der Frage (der Möglichkeit) antifaschistischen Widerstands ist die Einheitsgewerkschaft der Idee von Gewerkschaft überhaupt erst einmal innerlich: Um nicht vereinzelt zu sein, organisieren sich einzelne Arbeiter:innen in einer Gewerkschaft. Damit diese wiederum nicht vereinzelt sind (in Betrieben, Branchen oder regional), schließen sie sich einheitlich zusammen. »Organisationsmacht« ist das Stichwort und die zugehörige Faustregel lautet: Je mehr Einheit, desto mehr Organisationsmacht. Der Kampf gegen oder Verhandlungen mit dem im Verhältnis übermächtigen Kapital lassen sich nur so realisieren.

Deswegen ist das Prinzip Einheitsgewerkschaft auch weitgehend unumstritten: Ob Syndikalismus, Unionismus oder Linksgewerkschafterei – es geht immer um die »One Big Union«, die dem Kapital die Stirn bieten kann.

Exemplarisch dafür steht die Tradition des französischen Syndikalismus. Die 1906 verfasste »Charta von Amiens«, das wegweisende Programm der später zum Leninismus »bekehrten« CGT, betont die Vereinigung der Arbeiter:innen »ungeachtet aller politischen Schulen« (Pouget 2014, S. 291). Das darf man nicht missverstehen – es ist ein entscheidender Unterschied zu dem, was heute unter einer »neutralen« Einheitsgewerkschaft verstanden wird: Es ging ihrem Verfasser Émile Pouget darum, innerhalb der sozialistischen Bewegung eine gewerkschaftliche Eigenständigkeit gegenüber jeder sozialistischen Parteiorganisation, und damit den Parteistreitigkeiten, zu betonen. Deswegen nannte er die Gewerkschaft die »Partei der Arbeit«: »Die Partei der Arbeit ist genau, was der Name besagt: der Zusammenschluss der Arbeiter zu einem homogenen Block, die autonome Organisation der Arbeiterklasse auf ökonomischer Grundlage« (ebd., S. 107).

Diese Eigenständigkeit, die die französische Gewerkschaftsbewegung 1906 proklamierte, wurde im selben Jahr in Deutschland von der Sozialdemokratie gewährt: Das »Mannheimer Abkommen« setzte einen Endpunkt unter die Generalstreikdebatte, indem es verlautete, dass eine sozialdemokratische Partei gar nicht die Macht habe, einen Generalstreik zu initiieren. Er bliebe Sache der Gewerkschaften. Dagegen stellte sich die Minderheit der lokalistischen »Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften« (FVdG), deren Mitglieder in Folge dessen ausgeschlossen werden sollten. Ihr Vergehen war es letztlich, sozialdemokratischer als die Sozialdemokrat:innen zu sein. Sie beharrten nämlich darauf, dass ein Gewerkschaftsmitglied auch Mitglied der sozialistischen Partei zu sein habe. Prominente Fürsprecherin der FVdG im Streit um ihren Ausschluss war übrigens die inhaltlich durchaus nicht einverstandene Rosa Luxemburg, die damit (einmal mehr) ihr umfassendes Demokratieverständnis zeigte.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die französischen Syndikalist:innen plädierten gegen die Parteien für eine Einheitsgewerkschaft, die deutschen (Proto-)Syndikalist:innen plädierten für eine Richtungsgewerkschaft, während die Partei sich hinter das Konzept Einheitsgewerkschaft stellte.

Ich habe die Positionen von 1906 recht ausführlich beschrieben, um deutlich zu machen: Die Einheitsgewerkschaft wurde nicht 1945 erfunden, und sie ergibt sich nicht einzig und allein aus der Erfahrung des Nationalsozialismus. Sie gehört vielmehr zur DNA gewerkschaftli-

cher Organisierung, und das gilt im Prinzip für alle Strömungen. Bemerkenswert ist, dass die FVdG – aus ihr entstand 1919 die »Freie Arbeiter-Union Deutschlands« (FAUD), die anarchosyndikalistische Gewerkschaft der Weimarer Republik – die berühmte Ausnahme von der Regel war. Der Syndikalismus in Deutschland begab sich damit auf einen nationalen Sonderweg – und dessen Pfadabhängigkeit wirkt bis heute nach.

Kohärenz und Einheit

Das Problem wird bereits in der geschichtlichen Betrachtung offensichtlich: Nur weil man die Einheit beschwört, heißt das noch lange nicht, dass man sie hat. In Monty Pythons' »Das Leben des Brian« behaupten sowohl die »Volksfront von Judäa« als auch die »Judäische Volksfront« von sich, die wahre Volksfront gegen den Imperialismus des Römischen Reiches zu sein. Wie im Film ist es in der Realität möglich, dass sich zahlreiche konkurrierende Einheitsgewerkschaften bilden.

Das ist aber in aller Regel in Sachen Gewerkschaften nicht problematisch. Nicht nur in Deutschland ist die Konkurrenz zwischen Gewerkschaften überschaubar: Sowohl die Konkurrenz von links (FAU) als auch die Konkurrenz von rechts (CGB und, soweit es überhaupt als Gewerkschaft gesehen werden kann, das rechtsextreme »Zentrum«) erlangt auch nicht ansatzweise die Organisationsstärke der DGB-Gewerkschaften. Höchstens die Gewerkschaften im dbb sowie verschiedene Berufsverbände können als Konkurrenz in manchen Sektoren gelten. Auch in vielen Staaten mit multiplen Gewerkschaften kristallisiert sich in der Regel eine dominante Massengewerkschaft heraus, die ein Quasi-Monopol auf die Organisierung der Arbeiter:innen hat.

Man könnte fast vermuten (aber das ist wirklich reine Spekulation), dass die sich organisierenden Arbeiter:innen die Machtressourcen-Logik und damit das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verinnerlicht hätten. Ob diese eine Gewerkschaft dann einen eher sozialpartnerschaftlichen oder klassenkämpferischen, einen eher befriedenden oder eher militanten Charakter hat, scheint weniger mit ihren eigenen Prinzipien, der Motivation und politischen Ausrichtung ihrer Mitglieder zu tun zu haben, als vielmehr mit dem, was Marx einst die »unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände« (MEW 8, S. 115) nannte. Wenn eine Gesellschaft autoritärer wird, dann ist es nur folgerichtig, dass ihre wichtigste Gewerkschaft auch mehr autoritär denkende Mitglieder haben wird, die bisherige Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und letztlich kippen können.

Eine Einheitsgewerkschaft zu bilden, geht dementsprechend immer mit einem konkreten Problem einher: Mag sein, dass sich die Arbeiter:innen, soweit sie sich überhaupt organisieren, intuitiv der Gewerkschaft mit den meisten Machtressourcen anschließen – bei ihren Aufgaben, Inhalten und Zielen herrscht diese Einigkeit aber in der Regel nicht. In diesem Sinne sind auch Gewerkschaften oftmals »eingebildete Gemeinschaften« (Anderson 2005): Für die einen sind sie eine Art Versicherung wie der ADAC oder der Mieterschutzbund, für die anderen möglicherweise eher »Heimat« im Sinne des Sport- oder Schützenvereins. Sobald es aber irgendwie »politisch« wird, kristallisieren sich die real existierenden Differenzen heraus.

Im Sinne der Charta von Amiens, aber auch im Sinne der Gründung des DGB: Das war nicht mit »Einheitsgewerkschaft« gemeint! Die Einheitsgewerkschaft meint nicht politische Neutralität, sie meint die parteiliche Neutralität, das heißt, sich nicht in Bruder- oder Schwesterkämpfen entzweien zu lassen – aber immer unter dem Banner des Sozialismus. Das hätte in der Weimarer Republik geheißen: Wir lassen uns nicht in einen Konflikt zwischen SPD und KPD hineinziehen. (Deshalb begründete die KPD die »Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition«.) Heute könnte es vielleicht heißen: Wir lassen uns nicht in soziale Demokrat:innen und demokratische Sozialist:innen spalten, auch nicht in Anarchist:innen und Kommunist:innen. Dass der DGB dennoch sehr lange als Vorfeldorganisation der SPD gelten konnte, steht auf einem anderen Blatt.

Eine Einheitsgewerkschaft – und jede andere Einheitsorganisation – braucht einen abgesteckten Rahmen, innerhalb dessen die Einheit gilt: einen Minimalkonsens. Der entscheidende Punkt dabei ist, dass diese Einheit und dieser Minimalkonsens in einem demokratischen Prozess hergestellt werden müssen, dass sie immer wieder bestätigt und alltäglich gelebt werden

müssen. Kurz: Es muss Kohärenz (Cubela 2018) hergestellt werden, ein Teil der Machtressource Organisationsmacht. Andernfalls bleibt die »Einheit« ein hohler Begriff.

Ist eine Einheitsgewerkschaft also tatsächlich ein adäquater Schutz vor Faschismus? Die beiden konkreten Probleme sind benannt: Solange erstens die Einheit nur postuliert wird, nützt sie gar nichts, vor allem dann nicht, wenn sich unter ihrem Dach alles x-Beliebige versammelt (weil etwa Organisationsmacht mit reiner Quantität, also Mitgliederstärke, verwechselt wird). Und zweitens sind Organisationen, je größer und damit beliebiger sie sind, Spiegel der Gesellschaft. Wenn diese auseinanderdriftet und sich in Fraktionen aufspaltet, wird es die Massengewerkschaft auch tun: Aus ist's mit der Einheit.

Und nun?

Es gibt viele gute Gründe für eine Einheitsgewerkschaft, sie ist aber keine antifaschistische Brandmauer. Je größer die rein quantitative Einheit, desto fragiler der Zusammenhalt und desto wahrscheinlicher die innere Transformation. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die großen Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften Deutschlands einfach irgendwann – und zwar bald – umkippen. Schon jetzt ist es so, dass einzelne hauptamtliche Gewerkschafter:innen mit Rücksicht auf eine rechtslastige Basis kritische Aktivitäten blockieren. Hinzu kommt: Eine einheitliche Organisation hat zwar viele Vorteile, sie lässt sich aber auch einfacher bekämpfen, in ihre Schranken weisen und letztlich – mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in den USA sollten wir diese Möglichkeit nicht zu schnell ausschließen[1] – verbieten.

Ein gewerkschaftliches »antifaschistisches Organizing« muss daher Strukturen herausbilden, die fähig sind, in und mit den Gewerkschaften zu arbeiten, im Falle eines Falles aber auch ohne oder sogar gegen sie. Widerstandsfähige Strukturen müssen eine weitgehende Unabhängigkeit von institutionalisierten Organisationen und deren Apparaten haben. Sie wären dann, ganz klar, nicht in der Lage, klassisch wirtschaftliche Konflikte um Lohn, Leistung oder Arbeitszeit auszufechten. Sie müssen sich also möglichst lange in den Gewerkschaften halten.

Möglicherweise – und ich möchte das dezidiert nur als Denkanstoß verstanden wissen – sind inhaltlich stabile Richtungsgewerkschaften, die ihren Mitgliedern mehr inhaltliche Eindeutigkeit zumuten, das bessere Mittel für den Widerstand gegen Faschisierung (Europa) oder Faschismus (USA). Größtmögliche Einheit ist für den wirtschaftlichen Klassenkampf unumgänglich: Es braucht eine Faust, die die Angriffe des Kapitals abwehrt. Gegen den Faschismus, so sehr er ein Phänomen des Kapitalismus sein mag, braucht es hingegen möglicherweise eher eine Strategie der Nadelstiche von verschiedenen Seiten. Dass die Einheitsgewerkschaft im Falle einer autoritären Machtübernahme zum Generalstreik aufruft und die Massen diesem Aufruf auch noch Folge leisten, ist schlicht unrealistisch. Es wird nicht wahrscheinlicher dadurch, dass es beim Kapp-Putsch 1920 einmal geklappt hat.

Hinzu kommt: Einheit ist auf mehr als eine Weise zu erreichen. Die Arbeitskämpfe und sozialen Proteste vor allem in den frankophonen Ländern zeugen deutlich davon: Richtungsgewerkschaften können eine Einheit trotz inhaltlicher Differenzen bilden, eine, wie unsere französischen Nachbar:innen so schön sagen, »Intersyndicale« – und die agiert in der Regel sogar politischer als die deutsche Einheitsgewerkschaft. Mit etwa siebenprozentigem Organisationsgrad ist diese Strategie in Frankreich vielleicht nur aus der Not geboren, aber sie funktioniert global immer mal wieder, sowohl politisch – bis hin zu Generalstreiks – wie auch ökonomisch in gemeinsamen Streiks gegen Unternehmen oder Arbeitgeberverbände. Wenn wir ehrlich sind, ist das auch in Deutschland die gelebte Normalität: Tarifgemeinschaften gehen die DGB-Gewerkschaften untereinander ein, genauso mit Verbänden des dbb und unter ganz unangenehmen Umständen (wie in der Leiharbeit) auch mit den Gewerkschaften des CGB.

Vielleicht ist letztlich alles ganz einfach: Die Einheit ist eine konkrete Utopie, die durchaus erstrebenswert ist. Sie muss aber aktiv erzeugt werden. Das ist etwas ganz anderes, als »die Einheit« schlicht zu postulieren. Eine Einheit per Sprechakt einfach vorauszusetzen, ist Ge-

[1] Nicht, dass hier bereits Gewerkschaften verboten wurden – aber es wäre kaum verwunderlich…

schäft der Rechten. Aufgabe der Linken ist es, sich in die Mühen der Ebene zu begeben und die Einheit konflikthaft herzustellen.

** Torsten Bewernitz interessiert sich eigentlich gar nicht für Antifaschismus, aber muss ja.*

Literatur:

Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M. 2005.

Slave Cubela: Parallelgesellschaftliche Kohäsion. Über einige Bedingungen der Möglichkeit radikaler Subversion. In: Sozial.Geschichte Online, Nr. 23, 2018, S. 199-234.

Uwe Fuhrmann: Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse, Konstanz/München 2017.

Holger Marcks, Matthias Seiffert: Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf, Münster 2008.

Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW 8, S. 111-207.

Émile Pouget: Die Revolution ist Alltagssache. Schriften zur Theorie und Praxis des revolutionären Syndikalismus, Lich 2014.

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12